

Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?

Die AfD und die Bundestagswahl 2013

Mit dem Ergebnis von 4,7 Prozent bei den Bundestagswahlen ist der Alternative für Deutschland (AfD) ein Erfolg im rechten Wählerspektrum gelungen, den die Union mit der Maxime, rechts neben ihr dürfte sich kein erfolgreiches Parteiprojekt etablieren, über viele Jahrzehnte zu verhindern wusste. Dabei ist der Zuspruch zur AfD zunächst weniger auf Kosten der CDU/CSU als vielmehr auf die von FDP und LINKE gegangen. Dennoch handelt es sich bei der AfD eindeutig um eine Formation der politischen Rechten, die mit dem schillernden aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet werden kann. Die AfD ist in ihrer gegenwärtigen Ausprägung keine Partei der extremen Rechten, sie ist weder neofaschistisch ausgerichtet, noch finden sich bisher Formen der NS-Verherrlichung oder eines völkischen Nationalismus oder völkischen Rassismus.

Mit gut 2 Mio. Wählerstimmen hat die AfD nur sieben Monate nach ihrer Gründung ein Ergebnis erreicht, das auf dem Niveau der knapp aus dem Parlament ausgeschiedenen FDP liegt. Thematisch bisher völlig auf die Kritik an der EU-Rettungspolitik, den damit verbundenen potenziellen Kosten für Deutschland und der Ablehnung des Euro in seiner jetzigen Form fixiert, bringt die AfD eine Kritik an der EU-Politik zum Ausdruck, wie sie sich in vielen europäischen Ländern findet. Der ideologische Hintergrund einer solchen Kritik von rechts ist nationalchauvinistisch und neoliberal grundiert, womit sich die AfD mit vielen anderen Parteien des Rechtspopulismus in Europa trifft. Weniger deutlich ausgeprägt ist bisher eine islamfeindliche, ethnopluralistische und auf eine Ethnisierung der sozialen Frage angelegte Ausrichtung, wie sie für zahlreiche Parteien des Rechtspopulismus typisch ist.

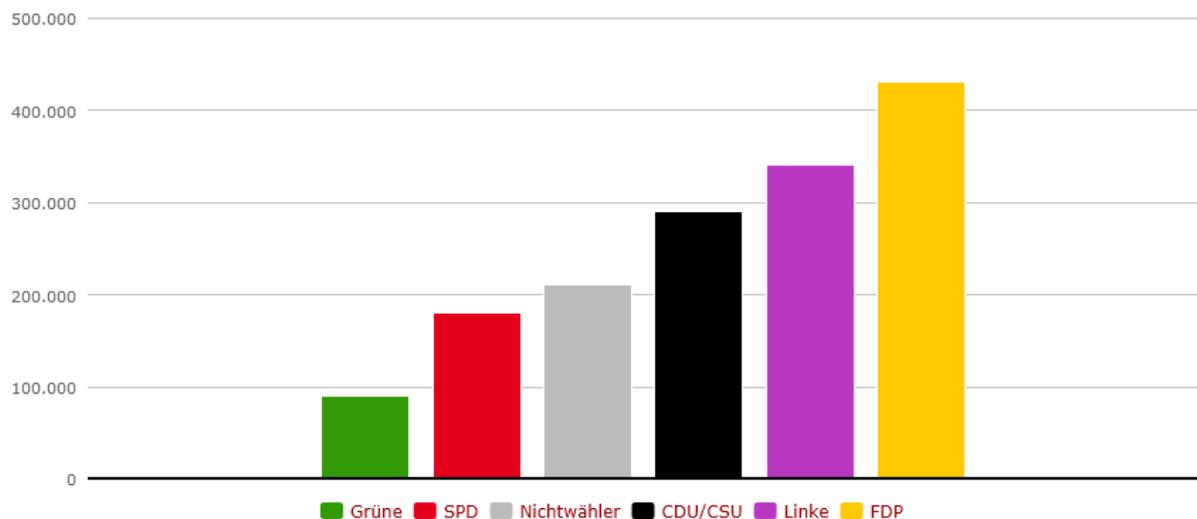
Die Ergebnisse der AfD

Mit 4,7 Prozent der Zweitstimmen (1,9 Prozent Erststimmen) und einem absoluten Stimmenanteil von 2.052.372 Stimmen (809.817 Erststimmen) hat die AfD den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Beim Blick auf die Landesergebnisse zeigt sich, dass die AfD in Ostdeutschland leicht besser abgeschnitten hat als im Westen. In Sachsen konnte sie mit 6,8 Prozent ihr bestes Landesergebnis erzielen, gefolgt von Thüringen (6,2) und Brandenburg (6,0). Starke und über dem Bundesschnitt liegende Ergebnisse gab es aber auch in den strukturstarken Ländern Hessen (5,6) und Baden-Württemberg (5,2). Hier deutet sich schon die Heterogenität in der Wählerschaft der AfD an, die vor allem Stimmen von FDP und LINKE abziehen konnte.

Land	Zweitstimmen in %
SH	4,6
HH	4,1
NI	3,7
HB	3,7
NRW	3,9
HE	5,6
RP	4,8
BW	5,2
BY	4,3
SL	5,2
BE	4,9
BB	6,0
MV	5,6
SN	6,8
ST	4,2
TH	6,2

Bei der Wählerwanderung ergibt sich für die AfD folgendes Bild: während von der FDP 430.000 WählerInnen zur AfD wechselten, waren es bei der LINKEN 340.000. Es folgt die Union mit 290.000 Stimmen und erst dann kommt das Spektrum der bisherigen NichtwählerInnen, aus dem die AfD 210.000 auf sich vereinigen konnte. SPD und Grüne folgen mit 180.000 bzw. 90.000 Stimmen Verluste an die AfD.

Soziale Herkunft, Interessenlage und Erwartungen der früheren WählerInnen von FDP und LINKE dürften sehr unterschiedlich sein und zeigen erneut die Spannweite und die unterschiedlichen Erwartungen der Wählerschaft der AfD bei dieser Wahl. Dies spiegelt sich auch in der sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft: Mit 6 Prozent stellen Arbeiter die größte Gruppe, gefolgt von Selbständigen, Angestellten und Beamten mit jeweils 5 Prozent. Unterdurchschnittlich vertreten sind Rentner (4 Prozent) und Arbeitslose (3 Prozent). Nimmt man DIE LINKE als Vergleich, dann zeigt sich hier eine wesentlich stärkere Differenzierung und eine eindeutigere soziale Zusammensetzung, die mit dem Politikangebot der LINKEN korrespondiert (Arbeiter 12 Prozent, Arbeitslose 23 Prozent). Die Erwartungen an die Europapolitik der AfD (nur mit diesem Punkt war sie im Wahlkampf wahrnehmbar) speisen sich sowohl aus einer neoliberal grundierten ordnungspolitischen Vorstellung, als auch aus einem chauvinistisch aufgeladenen Abwehrnationalismus: „Kein deutsches Geld für faule Griechen“.



Parteiführung und Programm der AfD

Mit Bernd Lucke hat die AfD einen Vorsitzenden der nicht als charismatische Gestalt im Sinne eines Jörg Haider, Jean Marie LePen oder Umberto Bossi bezeichnet werden kann. Lucke ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg und ist seit Jahren Vertreter einer harten neoliberalen Ordnungspolitik. Schon 2005 trat Lucke als Mitinitiator des Hamburger Appells auf, in dem von Seiten einiger Wirtschaftswissenschaftler eine strengere Fiskalpolitik der Bundesregierung gefordert wurde. Lucke sammelte 2012 eine Reihe von neoliberalen Ökonomen für einen Appelle an Bundeskanzlerin Merkel zur Änderung ihrer Eurorettungspolitik im Sinne der marktradikalen Ideologie.

Neben Lucke spielen u.a. Konrad Adam und Alexander Gauland wichtige Rollen in der AfD. Adam, früher u.a. Redakteur der FAZ und Welt, ist ein ausgewiesener Konservativer. Seine antidemokratischen Vorschläge zur Einschränkung des Wahlrechts für „Inaktive und Versorgungsempfänger“ machten weithin Schlagzeilen und stehen für den elitären Politikansatz der AfD generell. Gauland gehörte jahrelang zum konservativen Flügel der Union, war Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann und Geschäftsführer der Märkischen Allgemeinen Zeitung. Insgesamt entstammt die Führungsriege der AfD eindeutig dem gehobenen Bürgertum, dessen Interessen sich in der Partei widerspiegeln.

Wie bei allen Parteiprojekten rechts der Union ist auch die AfD Anziehungspunkt für zahlreiche Gestalten der konservativen und extremen Rechten. Der Umgang mit diesem Personal wird für den weiteren Weg der AfD entscheidend sein. Schon heute finden sich in ihren Reihen Personen mit einer deutlich rechten Geschichte. Personal des ehemaligen Bundes freier Bürger oder Vertreter der Berliner Rechtspartei „Die Freiheit“ haben sich auf den Weg zur AfD gemacht und auch für frühere Mitglieder von DVU und Reps dürfte der Weg zur AfD attraktiv sein. Wenn sich die Partei in diese Richtung weiter öffnet, werden über kurz oder lang auch deutlich rassistischere und islamfeindlichere Töne von der AfD hörbar sein, die sich heute schon in der Partei finden lassen.

Programmatisch ist die AfD weitgehend auf die aktuelle Euro-Krise und die damit verbundene Politik fixiert. Die AfD tritt für eine Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form ein. An dessen Stelle soll wahlweise die alte D-Mark oder ein kleinere und von Deutschland noch stärker dominierter Währungsverbund treten. Der Schutz der Steuerzahler steht in der Propaganda der AfD

ganz vorne, womit sie sowohl die Interessen des Mittelstands als auch die Ängste und Sorgen der Kleinsparer bedient. Keine Bankenrettung mit Steuergeldern, diese Forderung – auch der LINKEN – kommt gut an. Die Verantwortung für die Euro-Krise wird von der AfD natürlich nicht in der neoliberalen Finanzpolitik und der völligen Entfesselung der Märkte gesehen. Stattdessen wird auf die verfehlte und verschwenderische Politik der Südländer verwiesen, denen gegenüber es einer härteren deutschen Gangart bedürfe. Ein Europa der Nationen ist die Leitvorstellung der AfD, womit jedoch kein völkischer Nationalismus im Sinne der extremen Rechten verstanden wird. Rückführung der Entscheidungskompetenz auf die nationalen Parlamente und Abgrenzung gegenüber der Brüsseler Bürokratie sind hier die Positionen.

Im Gegensatz zur völkischen extremen Rechten tritt die AfD für eine geregelte Zuwanderung „qualifizierter und integrationswilliger“ Fachkräfte ein, will jedoch eine „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ verhindern. Die AfD bewegt sich damit ganz im Rahmen der Unionspolitik. Die von der AfD vertretene Forderung, dass Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürfen, wäre für die NPD unvorstellbar.

Insgesamt ist die programmatische Festlegung der AfD sehr dünn und vom Bemühen gekennzeichnet, in viele politische Richtungen offen zu sein. Die offensive Unterstützung der AfD durch die Familienunternehmer zeigt die ideologische und wahrscheinlich auch finanzielle Basis der Partei, die nicht unerheblich von der Spendenbereitschaft ihrer begüterten Anhänger profitieren konnte. Auch in der konservativen Presse (FAZ, Welt) fand die AfD in Wahlkampf eine wohlwollende Aufmerksamkeit. Auch von Seiten der verblieben Konservativen in der Union könnte die AfD zukünftig Unterstützung bekommen und hier gibt es ein Potenzial nur noch locker mit der Union verbundener Wähler, für die die AfD zu einer Alternative werden könnte.

Rechtspopulismus?

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa seit den 1990er Jahren war durch die Verschmelzung neoliberaler Ideologie mit Politikelemente der extremen Rechten gekennzeichnet. Herbet Schui u.a. haben diese Entwicklung als erste ausführlich dargestellt („Wollt ihr den totalen Markt?“). Im Gefolge der FPÖ haben eine ganze Reihe von Rechtsparteien in Europa Erfolge feiern können und es bis in Regierungsverantwortung gebracht. Unter dem Stichwort Rechtspopulismus werden dabei so unterschiedliche Parteien wie die FPÖ, die Dänische Volkspartei, die Lega Nord, der Front National, die Partei für die Freiheit von Geert Wilders und viele andere gefasst. Die Schnittmenge der AfD zu diesen Parteien besteht gegenwärtig im chauvinistischen Abwehernationalismus, in der Haltung zur EU und generell im politischen Stil, der, zusammen mit der inhaltlichen Ausrichtung, als Rechtspopulismus bezeichnet wird.

Populismus als Begriff beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung, ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen unterliegen dabei einer Freund-Feind-Gegenüberstellung die es erlaubt, die verschiedenen politischen Problemfelder einer klaren Einteilung in gut und böse, in dafür und dagegen zu unterstellen. Weiter kennzeichnet sich der Populismus durch eine klare Gegenüberstellung von oben und unten, von „wir hier unten“, die Beherrschten, und „die da oben“, die Herrschenden. Diese Gegenüberstellung erlaubt die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik und die populistische Partei oder Bewegung vertritt die Interessen der kleinen Leute gegen „die da oben“.

Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitä-

ten (Nation, Volk, „Rasse“) ergänzen sich hier. Schließlich greift populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektualistisch.

Für den Rechtspopulismus sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Die Freund-Feind-Gegenüberstellung und die Gegenüberstellung des „wir“ und „die da“ lässt sich für ganz unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen Rechtsextremismus findet sich hier die Ein- und Ausschließung von Bevölkerungsgruppen entlang völkischer Kriterien. Die homogene völkisch-ethnisch definierte Nation wird von den nicht dazugehörigen, den Ausländern, Fremden, Anderen unterschieden.

Diese traditionelle völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die „Schmarotzer“, „Leistungsunwilligen“ und Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich bei allen Parteien des Rechtspopulismus.

Der aktuelle Rechtspopulismus knüpft vor allem an die weit verbreitete Politikverdrossenheit und das Misstrauen gegen die politische Klasse an. Der erfolgreiche Rechtspopulismus ist dabei durch seine Frontstellung gegen das etablierte politische Parteiensystem der jeweiligen Länder gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen „Altparteien“, vom verknöcherten System, soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems bezeichnen. Die Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Rechtspopulismus ergibt sich dabei nicht allein über die Inhalte, die in ähnlicher Form auch von den Etablierten angeboten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der Rechtspopulismus zum Sprachrohr von „denen da unten“ machen, die sich selbst als Ausgeschlossene begreifen.

Reaktion der LINKEN auf den Erfolg der AfD

Mit 340.000 Stimmen hat DIE LINKE hinter der FDP die zweitmeisten Stimmen an die AfD verloren. Der AfD ist es scheinbar vor allem im Osten gelungen, enttäuschte WählerInnen der LINKEN für sich zu gewinnen. Die damit verbundene Erwartungshaltung dürfte in der von der AfD verkörperten Schutzfunktion vor den finanziellen Zumutungen der Eurokrise und generell der Angst vor einem immer anonymen und undurchschaubar agierenden Kapitalismus liegen, für den die EU und Brüssel die geeignete Projektionsfläche abgibt. Dass die Politik der EU maßgeblich von Deutschland dominiert wird, dass es deutsche Kapitalfraktionen sind, die für die Krise in Europa ein großes Maß an Verantwortung tragen – all das bleibt hinter der Schuldzuweisung an EU und Brüssel verborgen. Für DIE LINKE ist es deshalb wichtig, neben dem bereits genannten chauvinistischen Abwehrnationalismus die soziale Herkunft der AfD (Professorenpartei, Partei der Besserverdienenden) und ihre finanzielle Verankerung (Großbürgertum, Familienunternehmer) herauszustellen, um so die von der AfD vertretenen Interessen zu verdeutlichen, die gerade nicht die der abhängig Beschäftigten sind.

Die AfD ist keine Nazi-Partei und sollte von uns auch nicht als solche bezeichnet werden. Langfristiger Effekt solcher Etikettierungen ist die Schleifung des Tabus der extremen Rechten. Offensiv sollte dagegen die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich die AfD entwickeln wird und dass hier eine weitere Rechtsentwicklung nicht auszuschließen ist. Wer mit welchen Positionen in der AfD Einfluss gewinnen wird, muss von uns beobachtet und öffentlich thematisiert werden. Teile der Neuen und auch der extremen Rechten beziehen sich schon heute positiv auf die AfD. Der Umgang mit diesen Personen wird der Maßstab dafür sein, ob die AfD in

Richtung extreme Rechte tendiert oder eine rechtskonservative aber demokratische Partei bleibt. Inhaltlich zentral wird es hier sein, ob sich die AfD dem im Rechtspopulismus vorherrschenden Antisemitismus, einer Ethnisierung der sozialen Frage (soziale Zugangsrechte nur nach ethnischer Zugehörigkeit) und einem völkischen Verständnis der Nation annähert.

Auch wenn die AfD diese Entwicklung nicht nehmen sollte bleibt sie eine Partei der politischen Rechten, die soziale Interessen vertritt, die konträr zur LINKEN liegen.